



**Schwarz-Gelb
gefährdet
Ihre Gesund-
heit!**

3 | 2009 **Argumentations-
und Handlungshilfe
zur
Sozialpolitik**

0 Vorwort

Die Gesundheitspolitik ist kein Thema, mit dem sich Mitglieder der IG Metall täglich beschäftigen. Arbeitsplätze, Löhne und Arbeitszeiten stehen meist im Mittelpunkt. Doch die aktuellen gesundheitspolitischen Pläne der konservativ-neoliberalen Bundesregierung bewegen die Gemüter: Schwarz-Gelb will die Zerschlagung des solidarischen Gesundheitssystems. Es geht um Geld und um die Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen!

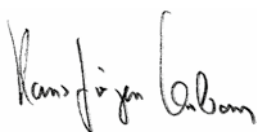


Wird der Arbeitgeberbeitrag eingefroren, werden wachsende Kosten im Gesundheitssystem allein den Versicherten aufgebürdet. Bei einkommensunabhängigen Beiträgen der Arbeitnehmer würden sie nicht mehr entsprechend ihrer finanziellen Leistungskraft zahlen. Egal ob niedrige oder hohe Einkommen – alle zahlen die gleiche »Kopfpauschale«. Unsozialer geht es nicht! Festzuschüsse (wie heute schon beim Zahnersatz) und Mehrkostenregelungen sollen ausgebaut werden. Am Ende der Operation kann stehen: Wer eine hochwertige medizinische Versorgung will, bekommt sie nur, wenn er zusätzlich zahlt. In dem Maße, wie der Leistungskatalog zum Wahlkatalog umgestaltet wird, droht Krankheit für die Betroffenen zu einem finanziellen Risiko zu werden.

Der Koalitionsvertrag lässt keinen Zweifel: Der endgültige Ausstieg aus der sozialen »Krankenversicherung als Solidargemeinschaft« (§ 1 SGB V) wird vorbereitet. Der Frontalangriff auf die soziale Krankenversicherung ist der falsche Weg! Notwendig sind echte Reformen. Reformen, die eine hochwertige Gesundheitsversorgung ohne soziale Zugangsschranken ermöglichen und einen effizienten Mitteleinsatz sicherstellen. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Solidarität. Mit der Bürgerversicherung hat die IG Metall ein Konzept entwickelt, das den notwendigen Solidarausgleich organisiert und eine gerechte Lastenverteilung sicherstellt.

Wenn die neue Bundesregierung den stillen Systemwechsel im Gesundheitssystem plant, dann werden die Versicherten ihrerseits laut und deutlich die Systemfrage zu stellen haben! Die IG Metall wird sich in die Debatte um das Gesundheitssystem mit eigenen Vorschlägen einschalten.

In dieser Handlungshilfe haben wir Material zusammengestellt, um die Arbeit in Betrieben und Verwaltungsstellen zu unterstützen. Wir hoffen, dass es uns gelingt, die Gefahren deutlich zu machen und Gegenwehr zu organisieren.



Hans-Jürgen Urban
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

0
Vorwort

1
Inhalt

2
Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3
Musterrede
Betriebs-
versammlung

4
Muster-
presse-
erklärung

5
Muster-
flugblätter

6
Plakate
zum
Aushang

7
Referentinnen
und
Referenten

8
Anhang



Inhalt

0	Vorwort	2
1	Inhalt	3
2	Bewertung des Koalitionsvertrages.....	4
3	Musterrede Betriebsversammlung	8
4	Musterpresseerklärung	15
5	Musterflugblätter »Schwarz-Gelb gefährdet Ihre Gesundheit!«.....	16
6	Plakate zum Aushang	19
7	ReferentInnen-Liste Gesundheitspolitik.....	21
8	Anhang.....	22
	8.1 Materialien: Reaktionen auf die schwarz-gelben Ankündigungen zur Gesundheitspolitik	22
	8.2 Downloadmöglichkeiten.....	25
9	Impressum	26

0
Vorwort

1
Inhalt

2
Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3
Musterrede
Betriebs-
versammlung

4
Muster-
presse-
erklärung

5
Muster-
flugblätter

6
Plakate
zum
Aushang

7
Referentinnen
und
Referenten

8
Anhang





2 Bewertung des Koalitionsvertrags

Frontalangriff auf die soziale Krankenversicherung

Das Gesundheitssystem ist eine reformpolitische Dauerbaustelle. Doch die grundlegenden Finanzierungs-, Gerechtigkeits- und Versorgungsprobleme sind trotz zahlreicher Eingriffe ungelöst. Aber statt sich dieser Probleme anzunehmen, plant die schwarz-gelbe Bundesregierung den Ausstieg aus der sozialen Krankenversicherung. Die Ankündigungen im Koalitionsvertrag lassen diese Richtung klar erkennen, auch wenn Einzelheiten noch nicht feststehen. Die sollen erst nach der NRW-Wahl von einer Regierungskommission festgelegt werden.

Zentrale Maßnahmen und ihre Wirkungen:

* Alle kursiv gesetzten Zitate entstammen dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP.

Schwarz-Gelb will eine »*weitgehende Entkoppelung der Gesundheitskosten von den Lohnzusatzkosten**«, deshalb soll der Beitragsanteil der Arbeitgeber »*fest*« bleiben. Würde der Arbeitgeberanteil eingefroren, wäre dies das endgültige »Aus« für die paritätische Finanzierung. Künftige Kostensteigerungen im Gesundheitssystem hätten allein die Versicherten zu tragen. Aber auch die Arbeitnehmerbeiträge sollen vom Lohn entkoppelt werden. Der Koalitionsvertrag sieht »*einkommensunabhängige Arbeitnehmerbeiträge*« vor, »*die sozial ausgeglichen werden.*« Nach der Idealvorstellung der FDP würden die Mitglieder einer Krankenkasse dann nicht mehr 7,9 Prozent ihres Lohneinkommens zahlen, sondern pro Kopf den gleichen Geldbetrag. Der Betriebsleiter genau so viel wie die Reinigungskraft. Egal, welche Variante der Kopfpauschale umgesetzt wird, ob die große oder kleine Pauschale kommt, ob alle Erwachsenen sie zahlen oder nur, wer erwerbstätig ist: Gewinner wären in jedem Fall die Bezieher überdurchschnittlicher Einkommen. Sie könnten sich künftig auch innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung aus der Solidarität verabschieden.

Damit entspricht der Koalitionsvertrag nicht der zur Zeit gültigen gesetzlichen Definition der Krankenversicherung als Solidargemeinschaft (§ 1 SGB V) und den Grundsätzen der solidarischen Finanzierung. Nach § 3 SGB V »entrichten die Mitglieder und die Arbeitgeber Beiträge, die sich in der Regel nach den beitragspflichtigen Einnahmen der Mitglieder richten«. Zwar soll es bei Einführung der Kopfpauschale laut Koalitionsvertrag einen sozialen Ausgleich geben. Doch da drängt sich die Frage auf, warum vom sozialen Grundprinzip einkommensbezogener Beiträge abgewichen werden soll,

0

Vorwort

1

Inhalt

2

Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3

Musterrede
Betriebs-
versammlung

4

Muster-
presse-
erklärung

5

Muster-
flugblätter

6

Plakate
zum
Aushang

7

Referentinnen
und
Referenten

8

Anhang





um dann im Nachhinein mit großem Aufwand wieder einen sozialen Ausgleich herzustellen. Die Vermutung liegt nahe, dass die Umverteilung zu Lasten der kleinen und mittleren Einkommen nur kaschiert werden soll.

Der Frontalangriff auf die soziale Krankenversicherung ist zugleich ein Angriff auf die Einkommen der gering und durchschnittlich verdienenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie müssen künftig mehrfach für ihre Gesundheit zahlen: Für viele wird die Belastung über eine Kopfpauschale höher sein als der bisherige prozentuale Beitrag. Den sozialen Ausgleich, den sie eventuell bekommen, zahlen sie über eine mögliche Steuererhöhung mit. Künftige Kostensteigerungen im Gesundheitssystem tragen sie allein, die Arbeitgeber sind außen vor. Und wenn sie krank sind und mehr brauchen, als ihr Versicherungstarif vorsieht, zahlen sie nochmal extra.

Statt die bisher privat Versicherten in das Solidarsystem einzubeziehen, geht Schwarz-Gelb den umgekehrten Weg: Besser Verdienenden soll es wieder leichter gemacht werden, aus dem Solidarsystem auszusteigen. Sie sollen wieder schneller in die private Krankenversicherung wechseln können, und zwar bereits nach einem Jahr Überschreiten der Entgeltgrenze statt nach drei Jahren.

Auch an der Leistungsschraube will Schwarz-Gelb weiter drehen. Im Koalitionsvertrag heißt es, »*die Erfahrungen mit Festzuschüssen, Festbeträgen und Mehrkostenregelungen (seien) überwiegend positiv*«. Eine Ausweitung werde geprüft. Das heißt nichts anderes als Leistungseinschränkung. Wir kennen das beim Zahnersatz. Je nach Befund gibt es nur noch einen Festzuschuss. Wer sich den Eigenbeitrag nicht leisten kann, muss eben verzichten. Das wäre der Weg in noch mehr Zwei-Klassen-Medizin als heute schon.

Der neue Gesundheitsminister und Arzt Philipp Rösler hat damit kein Problem. In der Bild am Sonntag vom 1.11.2009 fordert er, die Krankenkassen müssten wieder »unterschiedliche Beiträge verlangen dürfen und unterschiedliche Leistungen anbieten können.« Im Koalitionsvertrag ist in diesem Zusammenhang von »*individuellen Wahlmöglichkeiten und Entscheidungsspielräumen*« für die Versicherten die Rede. Klingt gut, wer möchte nicht gerne individuell auswählen und selbst entscheiden? Doch Vorsicht! Wer zugleich sagt, dass »*Beitrag und Leistung in einem adäquaten Verhältnis stehen (müssen)*«, meint nicht die Wahl der Chefarztbehandlung, sondern will generell eine Unterscheidung in Grund- und Zusatzversorgung. Wer mehr möchte als eine Grundversorgung, kann sie haben, wenn er zusätzlich zahlt. Kranke mit wenig Geld wären künftig vom medizinischen Fortschritt abgehängt.

Schwarz-Gelb will den Wettbewerb der Krankenkassen verschärfen. Der Finanzausgleich unter den gesetzlichen Kassen, der die unterschiedliche Finanzkraft der Kassemitglieder sowie Alter, Geschlecht und Gesundheitszustand der Versicherten be-

0

Vorwort

1

Inhalt

2

Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3

Musterrede
Betriebs-
versammlung

4

Muster-
presse-
erklärung

5

Muster-
flugblätter

6

Plakate
zum
Aushang

7

Referentinnen
und
Referenten

8

Anhang





rücksichtigt, soll »auf das notwendige Maß reduziert werden«. Eine Einschränkung dieses Ausgleichs würde den Wettbewerb der Kassen um junge gesunde Mitglieder wieder anheizen, statt die Anstrengungen auf eine gute Versorgungsqualität zu richten.

Darüber hinaus soll »das allgemeine Wettbewerbsrecht als Ordnungsrahmen grundsätzlich auch im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung Anwendung« finden. Würde dies umgesetzt, würden Krankenkassen wie Unternehmen behandelt. Im Vordergrund stünde nicht das öffentliche Interesse an bestmöglicher Gesundheit, sondern das wirtschaftliche Interesse der Unternehmen im Gesundheitsmarkt.

Die Arbeitgeber sind voll des Lobes. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände bewertet die Maßnahmen des Koalitionsvertrags als »richtige Weichenstellungen« und begrüßt vor allem den »Einstieg in die Entkopplung der Kosten für Gesundheit und Pflege vom Arbeitsverhältnis«. Von steigenden Gesundheitskosten wären sie nicht mehr betroffen. Sie hätten kaum noch Interesse an Kostenbegrenzung, der Gesundheitsmarkt samt Medizintechnik und Pharmaindustrie könnte ungehindert wachsen.

Die so genannten Leistungserbringer wie z. B. Ärzte oder Arzneimittelhersteller werden bei Schwarz-Gelb gut bedient. Die Bundesregierung will bisher geltende Kostenbremsen überprüfen, die Freiberuflichkeit der Ärzte stärken, ihre Honorare erhöhen. Die Gebührenordnung für Ärzte soll »an den aktuellen Stand der Wissenschaft angepasst« werden, dabei seien »Kostenentwicklungen zu berücksichtigen«. Bei den Zahnärzten soll die bestehende Anbindung der Vergütung an die Einkommensentwicklung der Versicherten aufgehoben werden. Auch die Interessen der Pharmaindustrie werden befriedigt, hier soll »Überregulierung« abgebaut werden. Im Zusammenhang mit Kosten-Nutzen-Bewertungen von Arzneimitteln heißt es, die Arbeit des »Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen« solle überprüft werden.

Das Prinzip »mehr Eigenverantwortung« soll auch in der Pflegeversicherung gelten. Schwarz-Gelb will den Umstieg in die kapitalgedeckte Pflegeversicherung. Zusätzlich zum Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung sollen Arbeitnehmer und Rentner einen Pflichtbeitrag für einen Kapitalstock zahlen, ohne Arbeitgeberbeteiligung. Das ist Privatisierung des Pflegerisikos pur.

Fazit: Die Richtung der gesundheitspolitischen Vorhaben ist falsch:

Verteilungspolitisch falsch, weil die Belastung der Versicherten insgesamt erhöht wird. Innerhalb der Versichertengemeinschaft wird zu Lasten Kranker und Niedrigverdiener umverteilt. Die Arbeitgeber werden entlastet, Leistungsanbieter werden bedient.

0

Vorwort

1

Inhalt

2

Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3

Musterrede
Betriebs-
versammlung

4

Muster-
presse-
erklärung

5

Muster-
flugblätter

6

Plakate
zum
Aushang

7

Referentinnen
und
Referenten

8

Anhang





Ordnungspolitisch falsch, weil der Wettbewerb verschärft wird und weitere Bereiche des Gesundheitssystems erfasst. Es droht eine Aufspaltung des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenkassen in kollektiv finanzierte Grundleistungen und private Wahlleistungen. Die private Krankenversicherung wird gestärkt.

Versorgungspolitisch falsch, weil die Verbesserung der Versorgungsqualität und notwendige Strukturreformen unterbleiben.

Gewerkschaften, Sozialverbände, Oppositionsparteien und Teile der Kirchen haben die gesundheitspolitischen Pläne von Schwarz-Gelb scharf kritisiert. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Solidarität. Gemeinsames Ziel muss es sein, die soziale Krankenversicherung zu erhalten und zur Bürgerversicherung auszubauen. Gleichzeitig brauchen wir Maßnahmen für eine bessere Versorgung: Mehr Prävention und Gesundheitsförderung, verbindliche qualitätsorientierte Behandlungsleitlinien, ein besseres Zusammenspiel von Arztpraxen, Krankenhäusern, Reha und Pflege und Kostenbegrenzung bei Arzneimitteln, z. B. durch eine Positivliste wirksamer und kostengünstiger Medikamente.

»Wenn die neue Bundesregierung den stillen Systemwechsel im Gesundheitssystem plant, dann werden die Versicherten ihrerseits laut und deutlich die Systemfrage zu stellen haben! Die IG Metall wird sich in die notwendige Strategiedebatte um die Zukunft des Gesundheitssystems aktiv einschalten«.

Hans-Jürgen Urban

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

0
Vorwort

1
Inhalt

2
Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3
Musterrede
Betriebs-
versammlung

4
Muster-
presse-
erklärung

5
Muster-
flugblätter

6
Plakate
zum
Aushang

7
Referentinnen
und
Referenten

8
Anhang



3 Musterrede Betriebsversammlung

(Folie 1) Liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Folie 2) wenn wir uns den Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung vergegenwärtigen, dann ist klar: Hier soll der Systemwechsel endgültig vollendet werden. Wenn der neue Gesundheitsminister den Kurs der bisherigen Regierung, die auch schon auf Wettbewerb und Privatisierung setzte, als »Weg in die Einheitskasse und staatliche Zwangswirtschaft« charakterisiert, dann wissen wir: Da wird noch einiges auf uns zukommen.

(Folie 3) Schwarz-Gelb will mit der Gesundheitspolitik noch mehr Umverteilung zu Lasten der Versicherten. So soll der Arbeitgeberanteil eingefroren werden. Welche Folgen hat das? Wir müssen mit umfänglichen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen rechnen. Zum Ersten, weil die Leistungsanbieter immer stärker bedient werden. Zum Zweiten, weil der Anteil der Älteren steigt. Zum Dritten, weil es auch in Zukunft neue medizinische Verfahren geben wird, die kostenintensiv sind. Wird aber der Arbeitgeberanteil eingefroren, müssen diese zusätzlich entstehenden Kosten ausschließlich durch



0
Vorwort

1
Inhalt

2
Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3
Musterrede
Betriebs-
versammlung

4
Bewertung
des Koalitions-
vertrages

5
Muster-
flugblätter

6
Plakate
zum
Aushang

7
Referentinnen
und
Referenten

8
Anhang



die Versicherten gezahlt werden. Das ist ungerecht und zudem kontraproduktiv. Den Arbeitgebern wird es künftig weitgehend egal sein, wie sich die Kosten im Gesundheitssystem entwickeln.

Zudem will die neue Bundesregierung eine Arbeitnehmerkopfpauschale einführen. Ob die Versicherten ein geringes Einkommen haben oder Hochverdiener sind, ist für die Beitragshöhe künftig egal. Der Grundsatz, dass diejenigen, die es sich finanziell leisten können, auch mehr bezahlen müssen, wird aufgehoben. Daran ändert auch die Ankündigung, die Solidarität zukünftig durch staatliche Zuschüsse aus dem Steueraufkommen zu organisieren, nichts. Denn wann und in welchem Umfang dieser Zuschuss kommt, steht in den Sternen. Wie lange er erhalten bleibt und wann er wieder abgeschafft wird, ist erst recht unklar. Fakt ist jedenfalls, dass die Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen werden. Steuern, aus denen der Solidarausgleich künftig finanziert werden soll, werden in erster Linie von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gezahlt. Dem gegenüber wurden die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung, aus denen der Solidarausgleich bisher finanziert wurde, lange Jahre zu gleichen Anteilen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert.

Zudem plant die schwarz-gelbe Regierung mehr Wahlfreiheit für die Versicherten. Das klingt gut. Heißt aber im Kern nichts anderes, als dass die Entwicklung des gesetzlichen Leistungskatalogs sich

0

Vorwort

1

Inhalt

2

Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3

Musterrede
Betriebs-
versammlung

4

Bewertung
des Koalitions-
vertrages

5

Muster-
flugblätter

6

Plakate
zum
Aushang

7

Referentinnen
und
Referenten

8

Anhang



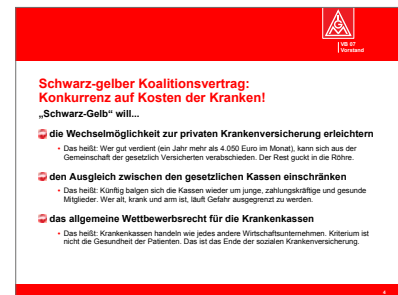
nicht mehr am medizinischen Fortschritt orientiert. Künftig reicht die Pflichtversicherung nicht, um eine angemessene Gesundheitsversorgung zu erhalten. Diese wird erst möglich, wenn man entsprechende Zusatzversicherungen abschließt. Diese müssen dann allein vom Versicherten bezahlt werden, die Arbeitgeber sind fein raus.

(Folie 4) Mit der neuen Gesundheitspolitik geht es aber nicht nur um Umverteilung. Die schwarz-gelbe Koalition will auch einen ordnungspolitischen Wechsel.

Die Stichworte lauten: mehr Wettbewerb, mehr Konkurrenz, weniger Solidarität.

Schwarz-Gelb plant, die Wechselmöglichkeit zur privaten Krankenversicherung zu erleichtern. Wer heute ein Jahr lang mehr als 4.050 Euro brutto Monatseinkommen verdient, kann zur privaten Krankenkasse wechseln. Das heißt, diejenigen, die es sich am ehesten leisten könnten, einen Beitrag für ein solidarisches Gesundheitssystem zu zahlen, können sich aus diesem System verabschieden.

Zudem will die schwarz-gelbe Regierung den so genannten Risikostrukturausgleich einschränken. Zur Zeit erhalten die Kassen Zuweisungen aus dem Fonds an Hand bestimmter Kriterien. Die Kasse mit mehr kranken Mitgliedern erhält höhere Zuweisungen als die Kasse mit gesunden Mitgliedern. Dieses Kriterium soll nun ausgehebelt werden. Dann werden sich die Kassen darum balgen,



0
Vorwort

1
Inhalt

2
Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3
Musterrede
Betriebs-
versammlung

4
Bewertung
des Koalitions-
vertrages

5
Muster-
flugblätter

6
Plakate
zum
Aushang

7
Referentinnen
und
Referenten

8
Anhang

möglichst viele junge zahlungskräftige und gesunde Mitglieder zu erhalten.

Hinzu kommt, dass auch das allgemeine Wettbewerbsrecht auf die Kassen angewendet werden soll. Krankenkassen sollen in Zukunft wie jedes andere Wirtschaftsunternehmen handeln. Das Kriterium ist nicht die Gesundheit der Patienten. Das hat dann aber nichts mehr mit einer sozialen Krankenversicherung zu tun.

(Folie 5) Auch die Versorgungsqualität wird eingeschränkt. Schwarz-Gelb will das »Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen« überprüfen.

Ein Institut, das den Profitinteressen der Pharmaindustrie entgegenwirkt und sich für Kostensenkungen einsetzt. Wenn dieses Institut an Einfluss verliert, heißt das: teurere und weniger nützliche Medikamente.

Nichts anderes bedeutet auch die Formulierung im Koalitionsvertrag, dass die »Chancen innovativer Arzneimittel besser genutzt« werden sollen. Am Ende läuft dies darauf hinaus, dass die Versicherten noch mehr bezahlen müssen.

Das gleiche Bild zeigt sich auch bei den Vorschlägen zur Bekämpfung des Ärztemangels. Hier spricht die Koalition von einer »leistungsgerechten Vergütung«. Angesichts der heute schon im Durchschnitt horrenden Arzthonorare eher ein



0
Vorwort

1
Inhalt

2
Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3
Musterrede
Betriebs-
versammlung

4
Bewertung
des Koalitions-
vertrages

5
Muster-
flugblätter

6
Plakate
zum
Aushang

7
Referentinnen
und
Referenten

8
Anhang

Mittel zur Schröpfung der Patienten als ein Mittel, um Versorgungsprobleme im ländlichen Bereich zu bekämpfen.

(Folie 6) Kolleginnen und Kollegen,

dabei gibt es Alternativen zu einer solchen Politik. Die IG Metall hat hierzu Vorschläge unterbreitet. Wir wollen eine Bürgerversicherung. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen schrittweise in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen werden. Dabei muss der Grundsatz gelten, dass der, der mehr verdient, auch mehr einzahlen muss. Ein solches System ist gerechter, ergiebiger und nachhaltiger.

Zudem brauchen wir Verbesserungen bei der Versorgungsqualität. Der Leistungskatalog muss erweitert und laufend modernisiert werden. In den letzten Jahren hat es bereits Einschnitte gegeben, die nicht hinzunehmen sind, z. B. im Bereich der Brillen und beim Zahnersatz. Wir brauchen darüber hinaus ganz neue Formen der Versorgung. Es geht dabei darum, die verschiedenen Zweige der Versorgung durchlässiger zu machen und integriert zu behandeln. Und Therapiefreiheit der Ärzte kann nicht heißen, dass beliebig behandelt wird. Hier sollten sich allgemeine Erkenntnisse in Behandlungsleitlinien verdichten, die zur Grundlage der Behandlung gemacht werden müssen.

Nicht zuletzt müssen wir auch der Preistreiberei von Leistungsanbietern entgegenwirken. Vergleicht



0
Vorwort

1
Inhalt

2
Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3
Musterrede
Betriebs-
versammlung

4
Bewertung
des Koalitions-
vertrages

5
Muster-
flugblätter

6
Plakate
zum
Aushang

7
Referentinnen
und
Referenten

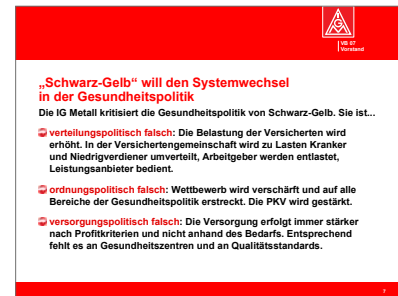
8
Anhang

man die Preise der Pharmaindustrie in Deutschland und in anderen Teilen Europas, dann wird deutlich, dass hier noch viel zu tun ist. Die IG Metall schlägt beispielsweise vor, eine so genannte Positivliste zu schaffen. Sie enthält die wirksamen und wirtschaftlichen Medikamente, die dann auch von den Krankenkassen gezahlt werden sollen. Nicht einsehbar ist, dass zur Zeit viel höhere Kosten für teilweise völlig wirkstoffgleiche Medikamente von den Krankenkassen übernommen werden.

(Folie 7) Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich denke, dass nach all dem deutlich geworden ist, dass die Gesundheitspolitik von Schwarz-Gelb nicht akzeptabel ist. Sie führt verteilungspolitisch in die völlig falsche Richtung: Die Versicherten, aber auch die Erkrankten werden zusätzlich belastet, während die Arbeitgeber weiter entlastet und die Leistungsanbieter bedient werden.

Sie ist aber auch aus ordnungspolitischer Sicht nicht hinzunehmen. Der Wettbewerb wird künftig auf alle Bereiche der Gesundheitspolitik ausgeweitet, während der Solidargemeinschaft eine immer geringere Bedeutung zukommt. Wir sagen: Wettbewerb kann nicht das Mittel sein, nach dem die Gesundheitspolitik funktioniert. Es geht darum, dass alle Menschen Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung bekommen. Dies aber wird mit den schwarz-gelben Konzepten nicht erreicht.



0
Vorwort

1
Inhalt

2
Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3
Musterrede
Betriebs-
versammlung

4
Bewertung
des Koalitions-
vertrages

5
Muster-
flugblätter

6
Plakate
zum
Aushang


7
Referentinnen
und
Referenten


8
Anhang


Auch versorgungspolitisch geht es in die falsche Richtung. Es geht immer stärker um Profitekriterien und nicht um Versorgung anhand des Bedarfs.

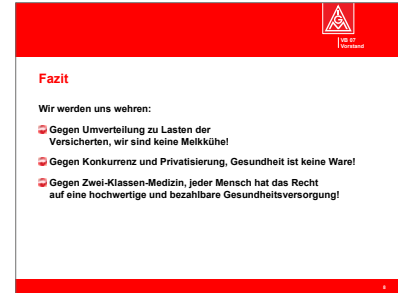
(Folie 8) Und darum werden wir uns gegen eine solche Gesundheitspolitik wehren. Wir werden uns gegen die Umverteilung zu Lasten der Versicherten wehren, gegen die Ausweitung der Konkurrenz und gegen Zwei-Klassen-Medizin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

 Öffnen der MS-Word-Datei im Intranet unter Themen → Soziales → Gesundheitspolitik

 Öffnen der Folienpräsentation als PPT-Datei im Intranet unter Themen → Soziales → Gesundheitspolitik

 Öffnen der Folienpräsentation als PDF-Datei im Intranet unter Themen → Soziales → Gesundheitspolitik



0
Vorwort

1
Inhalt

2
Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3
Musterrede
Betriebs-
versammlung

4
Bewertung
des Koalitions-
vertrages

5
Muster-
flugblätter

6
Plakate
zum
Aushang

7
Referentinnen
und
Referenten

8
Anhang

4 Musterpresseerklärung


IG Metall warnt vor Zerschlagung des solidarischen Gesundheitssystems

Ort/Datum – Die IG Metall sieht in den gesundheitspolitischen Plänen der schwarz-gelben Regierung einen Frontalangriff auf die soziale Krankenversicherung. Die Koalitionspläne liefen darauf hinaus, dass die steigenden Kosten im Gesundheitssystem einseitig den Versicherten aufgebürdet würden. Zudem führten sie endgültig zu einer Zwei-Klassen-Medizin. »Ich befürchte die Zerschlagung des solidarischen Gesundheitssystems«, sagte der/die Bevollmächtigte.

Das im Koalitionsvertrag vorgesehene Einfrieren des Arbeitgeberanteils an der Krankenversicherung bedeute, dass zukünftige Kostensteigerungen allein von den Versicherten gezahlt würden. »Das wäre der endgültige Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung des Gesundheitssystems«, erklärte der/die Bevollmächtigte. Darüber hinaus führe die geplante Kopfpauschale dazu, dass ein Betriebsleiter künftig genau so viel zahle wie eine Reinigungskraft. »Das ist unsolidarisch und ungerecht«, so der/die Bevollmächtigte weiter.

Die Folge wäre eine Verschärfung der ohnehin schon existierenden Zwei-Klassen-Medizin für die Versicherten. Wer sich keine Zusatzversicherungen und Zuzahlungen leisten kann, dem blieben schon heute bestimmte Gesundheitsleistungen verwehrt. Dies würde sich mit den schwarz-gelben Plänen noch einmal zuspitzen. Dann würden viele es sich nicht mehr leisten können, die notwendigen gesundheitlichen Behandlungen vornehmen zu lassen und eine Krankheit gründlich auszukurieren. »Soweit darf es nicht kommen«, erklärte der/die Bevollmächtigte.

Er/Sie betonte: »Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Solidarität. Es gibt gute Konzepte für eine finanziell nachhaltige und solidarische Reform des Gesundheitssystems. So tritt die IG Metall für eine solidarische Bürgerversicherung ein, in die auch Beamte, Politiker und Selbständige einzahlen. Dies ermöglicht eine solidarische und gerechte Lastenverteilung. Zudem fordert die IG Metall ein besseres Zusammenspiel von Arztpraxen, Krankenhäusern, Reha und Pflege sowie Kostenbegrenzungen bei Arzneimitteln.«

 Öffnen der MS Word-Datei im Intranet unter Themen → Soziales → Gesundheitspolitik

0
Vorwort

1
Inhalt

2
Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3
Musterrede
Betriebs-
versammlung

4
Muster-
presse-
erklärung

5
Muster-
flugblätter

6
Plakate
zum
Aushang

7
Referentinnen
und
Referenten

8
Anhang



5 Musterflugblätter »Schwarz-Gelb gefährdet Ihre Gesundheit!«

Text der Musterflugblätter:

Gesundheit ist Gold wert. Erst wer krank ist, weiß sie zu schätzen. Ähnlich ist es mit unserem Gesundheitssystem: Erst, wenn es in seinen Grundfesten bedroht ist, erkennen wir, was es wert ist. Der Koalitionsvertrag macht deutlich: Die schwarz-gelbe Bundesregierung will den endgültigen Ausstieg aus der solidarischen Krankenversicherung.

Drei »Giftspritzen« hat Schwarz-Gelb im Koalitionsvertrag schon aufgezo-gen:

1. Der Arbeitgeberbeitrag soll eingefroren werden. Arbeitgeberbeitrag einfrieren heißt: Zukünftige Kostensteigerungen müssen die Versicherten allein zahlen, die Arbeitgeber sind außen vor.
2. Der Versichertenbeitrag soll als »Kopfpauschale« direkt von der Krankenkasse erhoben werden. Dann zahlt der Niedriglöhner genau so viel wie der Soververdiener.
3. Es soll mehr »individuelle Wahlleistungen« und »Mehrkostenregelungen« geben. Das läuft darauf hinaus, dass es nur noch eine Grundversorgung über die Kasse gibt, wer mehr braucht, muss sich zusätzlich privat versichern.

Das wäre der Kollaps für unser solidarisches Gesundheitssystem. Wenn Schwarz-Gelb diese Pläne umsetzt, wäre Ihre Gesundheit akut gefährdet! Denn was passiert, wenn die Kosten steigen, weil Krankenhausbehandlung, Ärztehonorare und Arzneimittel teurer werden? Weil die Arbeitgeber nicht mehr im Boot sind, trifft die Kostensteigerung die Versicherten mit voller Wucht. Dann kommt schnell die Idee, den Leistungskatalog der Krankenversicherung zu kürzen, damit die Beiträge nicht zu hoch steigen.

Die Folge: Noch mehr Zwei-Klassen-Medizin. So wie jetzt schon bei Brillen und Zahnersatz werden Gesundheitsleistungen ausgeschlossen oder es wird nur noch ein Festzuschuss gezahlt. Wer den Eigenanteil nicht auf-

0

Vorwort

1

Inhalt

2

Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3

Musterrede
Betriebs-
versammlung

4

Muster-
presse-
erklärung

5

Muster-
flugblätter

6

Plakate
zum
Aushang

7

Referentinnen
und
Referenten

8

Anhang





bringen kann, muss sehen, wie er ohne Zahnersatz klar kommt. Ganz nach dem Motto: Wer nichts zu beißen hat, braucht auch keine Zähne. Oder das Krankengeld wird aus der Krankenversicherung heraus genommen und muss privat abgesichert werden. Dann werden viele es sich schlicht nicht mehr leisten können, eine schwere Krankheit gründlich auszukurieren.

So weit darf es nicht kommen! Viele glauben, die CDU werde schon das Schlimmste verhindern. Verlassen Sie sich nicht darauf. Kümmern Sie sich um Ihre Gesundheit und die Ihrer Kinder. Unterstützen Sie die Gewerkschaften und Sozialverbände, die für ein solidarisches Gesundheitssystem eintreten.

Es gibt Alternativen zum schwarz-gelben Ausstieg aus dem solidarischen Gesundheitssystem. Die Gewerkschaften fordern eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle einbezogen sind, auch Beamte, Politiker und Selbständige. Und wir haben gute Vorschläge, Geld zu sparen bzw. es sinnvoller auszugeben: Mehr Vorsorge und Gesundheitsförderung, ein besseres Zusammenspiel von Arztpraxen, Krankenhäusern, Reha und Pflege und Kostenbegrenzung bei Arzneimitteln.

Sorgen Sie vor! Mit uns, ihrer IG Metall!



Schwarz-Gelb gefährdet Ihre Gesundheit!

Gesundheit ist Gold wert. Erst wer krank ist, weiß sie zu schätzen. Ähnlich ist es mit unserem Gesundheitssystem: Erst, wenn es in seinen Grundfesten bedroht ist, erkennen wir, was es wert ist. Der Koalitionsvertrag macht deutlich: Die schwarz-gelbe Bundesregierung will den endgültigen Ausstieg aus der solidarischen Krankenversicherung.

Drei »Giftspritzen« hat Schwarz-Gelb im Koalitionsvertrag schon aufgezo-gen:

- Der Arbeitgeberbeitrag soll eingefroren werden. Arbeitgeberbeitrag einfrieren heißt: Zukünftige Kostensteigerungen müssen die Versicherten allein zahlen, die Arbeitgeber sind außen vor.
- Der Versichertenbeitrag soll als »Kopf-pauschale« direkt von der Krankenkasse erhoben werden. Dann zahlt der Niedriglöhner genau so viel wie der Superverdiener.
- Es soll mehr »individuelle Wahlleistungen« und »Mehrkostenregelungen« geben. Das läuft darauf hinaus, dass es nur



noch eine Grundversorgung über die Kasse gibt, wer mehr braucht, muss sich zusätzlich privat versichern.

Das wäre der Kollaps für unser solidarisches Gesundheitssystem. Wenn Schwarz-Gelb diese Pläne umsetzt, wäre Ihre Gesundheit akut gefährdet! Denn was passiert, wenn die Kosten steigen, weil Krankenhausbehandlung, Ärzthonorare und Arzneimittel teurer werden? Weil die Arbeitgeber nicht mehr im Boot sind, trifft die Kostensteigerung die Versicherten mit voller Wucht. Dann kommt schnell die Idee, den Leistungskatalog der Krankenversicherung zu kürzen, damit die Beiträge nicht zu hoch steigen.

Die Folge: Noch mehr Zwei-Klassen-Medizin. So wie jetzt schon bei Brillen und Zahnersatz werden Gesundheitsleistungen ausgeschlossen oder es wird nur noch ein Festzuschuss gezahlt. Wer den Eigenanteil nicht aufbringen kann, muss sehen, wie er ohne Zahnersatz klar kommt. Ganz nach dem Motto: Wer nichts zu beißen hat, braucht auch keine Zähne. Oder das Krankengeld wird aus der Krankenversicherung heraus ge-

nommen und muss privat abgesichert werden. Dann werden viele es sich schlicht nicht mehr leisten können, eine schwere Krankheit gründlich auszukurieren.

So weit darf es nicht kommen! Viele glauben, die CDU werde schon das Schlimmste verhindern. Verlassen Sie sich nicht darauf. Kümmern Sie sich um Ihre Gesundheit und die Ihrer Kinder. Unterstützen Sie die Gewerkschaften und Sozialverbände, die für ein solidarisches Gesundheitssystem eintreten.

Es gibt Alternativen zum schwarz-gelben Ausstieg aus dem solidarischen Gesundheitssystem. Die Gewerkschaften fordern eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle einbezogen sind, auch Beamte, Politiker und Selbständige. Und wir haben gute Vorschläge, Geld zu sparen bzw. es sinnvoller auszugeben: Mehr Vorsorge und Gesundheitsförderung, ein besseres Zusammenspiel von Arztpraxen, Krankenhäusern, Reha und Pflege und Kostenbegrenzung bei Arzneimitteln.

Sorgen Sie vor! Mit uns, Ihrer IG Metall!

Herausgeber: IG Metall, Verwaltungsstelle [Stadt](#)
 Adresse eintragen
 Vorname Nachname
 Tel. Telefonnummer
 E-Mail-Adresse

0	Vorwort
1	Inhalt
2	Bewertung des Koalitionsvertrages
3	Musterrede Betriebsversammlung
4	Musterpresseerklärung
5	Musterflugblätter
6	Plakate zum Aushang
7	Referentinnen und Referenten
8	Anhang





Schwarz-Gelb gefährdet Ihre Gesundheit!

Gesundheit ist Gold wert. Erst wer krank ist, weiß sie zu schätzen. Ähnlich ist es mit unserem Gesundheitssystem: Erst, wenn es in seinen Grundfesten bedroht ist, erkennen wir, was es wert ist. Der Koalitionsvertrag macht deutlich: Die schwarz-gelbe Bundesregierung will den endgültigen Ausstieg aus der solidarischen Krankenversicherung.

Drei »Giftspritzen« hat Schwarz-Gelb im Koalitionsvertrag schon aufgezogen:

1. Der **Arbeitgeberbeitrag** soll eingefroren werden. Arbeitgeberbeitrag einfrieren heißt: Zukünftige Kostensteigerungen müssen die Versicherten allein zahlen, die Arbeitgeber sind außen vor.

2. Der **Versichertenbeitrag** soll als »Kopfpauschale« direkt von der Krankenkasse erhoben werden. Dann zahlt der Niedriglöhner genau so viel wie der

Superverdiener.

3. Es soll mehr »individuelle **Wahlleistungen**« und »Mehrkostenregelungen« geben. Das läuft darauf hinaus, dass es nur noch eine Grundversorgung über die Kasse gibt, wer mehr braucht, muss sich zusätzlich privat versichern.

Das wäre der Kollaps für unser solidarisches Gesundheitssystem. Wenn Schwarz-Gelb diese Pläne umsetzt, wäre Ihre Gesundheit akut gefährdet! Denn was passiert, wenn die Kosten steigen, weil Krankenhausbehandlung, Arzthonorare und Arzneimittel teurer werden? Weil die Arbeitgeber nicht mehr im Boot sind, trifft die Kostensteigerung die Versicherten mit voller Wucht. Dann kommt schnell die Idee, den Leistungskatalog der Krankenversicherung zu kürzen, damit die Beiträge nicht zu hoch steigen.

Öffentliche Veranstaltung

Datum

Ort

... weitere Angaben

Die Folge: Noch mehr Zwei-Klassen-Medizin. So wie jetzt schon bei Brillen und Zahnersatz werden Gesundheitsleistungen ausgeschlossen oder es wird nur noch ein Festzuschuss gezahlt. Wer den Eigenanteil nicht aufbringen kann, muss sehen, wie er ohne Zahnersatz klar kommt. Ganz nach dem Motto: Wer nichts zu beißen hat, braucht auch keine Zähne. Oder das Krankengeld wird aus der Krankenversicherung heraus genommen und muss privat abgesichert werden. Dann werden viele es sich schlicht nicht mehr leisten können, eine schwere Krankheit gründlich auszukurieren.

So weit darf es nicht kommen! Viele glauben, die CDU werde schon das Schlimmste verhindern. Verlassen Sie sich nicht darauf. Kümmern Sie sich um Ihre Gesundheit und die Ihrer Kinder. Unterstützen Sie die Ge-

werkschaften und Sozialverbände, die für ein solidarisches Gesundheitssystem eintreten.

Es gibt Alternativen zum schwarz-gelben Ausstieg aus dem solidarischen Gesundheitssystem. Die Gewerkschaften fordern eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle einbezogen sind, auch Beamte, Politiker und Selbständige. Und wir haben gute Vorschläge, Geld zu sparen bzw. es sinnvoller auszugeben: Mehr Vorsorge und Gesundheitsförderung, ein besseres Zusammenspiel von Arztpraxen, Krankenhäusern, Reha und Pflege und Kostenbegrenzung bei Arzneimitteln.

Sorgen Sie vor! Mit uns, Ihrer IG Metall!



Herausgeber: IG Metall, Verwaltungsstelle Stadt, Adresse eintragen, Vorname Nachname, Tel. Telefonnummer, E-Mail-Adresse

Öffnen der Musterflugblätter als MS Word-Datei im Intranet unter Themen Soziales Gesundheitspolitik

0
Vorwort

1
Inhalt

2
Bewertung des Koalitionsvertrages

3
Musterrede Betriebsversammlung

4
Musterpresseerklärung

5
Musterflugblätter

6
Plakate zum Aushang

7
Referentinnen und Referenten

8
Anhang






6 Plakate zum Aushang

**Schwarz-Gelb
gefährdet Ihre
Gesundheit!**

- Arbeitgeberanteil einfrieren?
- Kopfpauschale einführen?
- Noch mehr Zwei-Klassen-Medizin?

Nicht mit uns!

 Öffnen der Plakate als PDF-Datei im Intranet unter
Themen → Soziales → Gesundheitspolitik

0
Vorwort

1
Inhalt

2
Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3
Musterrede
Betriebs-
versammlung

4
Muster-
presse-
erklärung

5
Muster-
flugblätter

6
Plakate
zum
Aushang

7
Referentinnen
und
Referenten

8
Anhang






Schwarz-Gelb gefährdet Ihre Gesundheit!



Arbeitgeberanteil einfrieren?
Kopfpauschale einführen?
Noch mehr Zwei-Klassen-Medizin?

Nicht mit uns!

 Öffnen der Plakate als PDF-Datei im Intranet unter
Themen → Soziales → Gesundheitspolitik

0
Vorwort

1
Inhalt

2
Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3
Musterrede
Betriebs-
versammlung

4
Muster-
presse-
erklärung

5
Muster-
flugblätter

6
Plakate
zum
Aushang

7
Referentinnen
und
Referenten

8
Anhang





7 ReferentInnen-Liste Gesundheitspolitik

Angelika Beier

IG Metall Vorstand
FB Sozialpolitik
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt/M.
Tel. 069 / 66 93 27 19
angelika.beier@igmetall.de

Axel Gerntke

IG Metall Vorstand
FB Sozialpolitik
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt/M.
Tel. 069 / 66 93 23 49
axel.gerntke@igmetall.de

Harry Fuchs

Gesundheitspolitischer
Fachautor und Berater
Quadenhofstraße 44
40625 Düsseldorf
Tel. 0172 / 2 10 53 17
quality@germany.tops.de
www.harry-fuchs.de

Prof. Dr. Dr. Thomas Gerlinger

Institut für Medizinische Soziologie
Institut für Europäische Gesundheits-
politik und Sozialrecht (ineges) Johann
Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt
Theodor-Stern-Kai 7
60590 Frankfurt am Main
Tel. 069 / 63 01 76 10
gerlinger@em.uni-frankfurt.de
www.kgu.de/zgw/medsoz

Günter Güner

(ehem. IG Metall-Bevollmächtigter)
Liststrasse 30
78056 Schwenningen
Tel. 01520 / 1 56 94 18
guenter.guener@gmx.de

Nadja Rakowitz

Verein demokratischer
Ärztinnen und Ärzte
Geschäftsstelle
Kantstr. 10
63477 Maintal
Tel. 06181 / 43 23 48
Mobil 0172 / 1 85 80 23
nadja.rakowitz@online.de
www.vdaee.de

Prof. Dr. Klaus Stegmüller

Hochschule Fulda – Fulda University of
Applied Sciences
Fachbereich Pflege & Gesundheit
Marquardstraße 35
36039 Fulda
Tel. 0661 / 96 40 62 46 00 (Sekretariat)
stegmueller@hs-fulda.de
www.hs-fulda.de

Prof. Dr. Felix Welti

Hochschule Neubrandenburg
Fachbereich Gesundheit, Pflege,
Management, Postfach 110121,
17041 Neubrandenburg
Tel. 0395 / 56 93 46 9
schulz.welti@t-online.de
www.felix-welti.de

0

Vorwort

1

Inhalt

2Bewertung
des Koalitions-
vertrages**3**Musterrede
Betriebs-
versammlung**4**Muster-
presse-
erklärung**5**Muster-
flugblätter**6**Plakate
zum
Aushang**7**Referentinnen
und
Referenten**8**


Anhang



8 Anhang

8.1 Materialien: Reaktionen auf die schwarz-gelben Ankündigungen zur Gesundheitspolitik

Zwar sind viele Details noch unklar, doch die Aussagen im Koalitionsvertrag lassen keinen Zweifel zu, in welche Richtung die Reise in der Gesundheitspolitik gehen soll: Schwarz-Gelb bereitet die Zerschlagung des solidarischen Gesundheitssystems vor. Gewerkschaften, Sozialverbände, Oppositionsparteien und Teile der Kirchen üben scharfe Kritik, Arbeitgeberverbände und Ärztevereinigungen zollen Beifall.


 Öffnen des Auszugs aus dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP zum Bereich »Gesundheit und Pflege« im Intranet unter Themen \rightarrow Soziales \rightarrow Gesundheitspolitik


1. Scharfe Kritik von den Gewerkschaften


Nicht nur die IG Metall spricht von einem »Frontalangriff auf die soziale Krankenversicherung«. Der DGB-Vorsitzende Sommer bezeichnet die Weichenstellung in der Gesundheits- und Pflegepolitik als »fatal und falsch. Damit wird der Anfang vom Ende der letzten solidarischen Versicherung in Deutschland eingeleitet, an deren Ende eine Zwei-Klassen-Medizin für die Versicherten stehen soll.«

Heftige Kritik kam auch von anderen Einzelgewerkschaften. Ver.di-Chef Bsirske warnt vor einer »gefährlichen Entstaatlichung und einer Schwächung des gesellschaftlichen Zusammenhalts«. »Union und FDP frieren die Arbeitgeberbeiträge ein und lassen zu, dass die Arbeitgeber immer weniger Verantwortung für solidarisch finanzierte Sozialsysteme übernehmen.« Von Seiten der IG BCE heißt es zu den Ankündigungen in der Gesundheitspolitik: »Wer allein den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern künftige Kostensteigerungen aufbürden will, stellt Grundprinzipien unserer bewährten Systeme sozialer Sicherheit infrage«.

 Öffnen der Pressemitteilung des DGB über das Internet

 Öffnen der Bewertung des Koalitionsvertrages des DGB Bundesvorstandes im Intranet unter Themen \rightarrow Soziales \rightarrow Gesundheitspolitik

 Öffnen der Pressemitteilung von ver.di im Intranet unter Themen \rightarrow Soziales \rightarrow Gesundheitspolitik

 Öffnen der Bewertung des Koalitionsvertrages von ver.di im Intranet unter Themen \rightarrow Soziales \rightarrow Gesundheitspolitik

0

Vorwort

1

Inhalt

2

Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3

Musterrede
Betriebs-
versammlung

4

Muster-
presse-
erklärung

5

Muster-
flugblätter

6


Plakate
zum
Aushang

7

Referentinnen
und
Referenten

8

Anhang

 Öffnen der Pressemitteilung der IG BCE im Intranet unter Themen \rightarrow Soziales \rightarrow Gesundheitspolitik

2. Heftige Kritik auch von sozialen und kirchlichen Verbänden


Der VdK kritisiert die Gesundheitspläne der Koalition als unsozial und unausgegoren. »Unakzeptabel« sei eine teilweise Umstellung auf »ungerechte einkommensunabhängige Kopfpauschalen«. Dies sei vor allem eine »Zumutung für Niedrigverdiener und Rentner, die überproportional belastet würden.« In die gleiche Richtung geht auch der Sozialverband Deutschland, SoVD. Für den SoVD stellt sich die Koalition »eindeutig gegen die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger«: Die Koalition plane eine Einführung der Kopfpauschale »durch die Hintertür«. »Obwohl die Bürgerinnen und Bürger seit Jahren mit sinkenden Realeinkommen und dramatischen Rentenniveauperlusten zu kämpfen haben, werden allein die Arbeitgeber entlastet und aus ihrer Mitverantwortung für die Entwicklung im Gesundheitswesen entlassen.«

Der Bundesvorsitzende der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) Hupfauer bezeichnet die gesundheitspolitischen Pläne als »Schlag ins Gesicht der Versicherten« und »Rolle rückwärts hinter die Bismarck'schen Sozialgesetze«. Die Umsetzung des Koalitionsvertrags würde das System der umlagefinanzierten gesetzlichen Krankenversicherung aushebeln und wäre »ein weiterer Griff in die Tasche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.« Der Bundesverband der Diakonie erklärt: »Der deutsche Sozialstaat und die solidarisch finanzierten sozialen Sicherungssysteme konnten die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise abfedern. Eine stärkere Verlagerung der sozialen Absicherung von Lebensrisiken auf eine private Vorsorge, wie jetzt in den Bereichen Gesundheit und Pflege geplant, hält die Diakonie für einen falschen und un-solidarischen Weg. Das wäre der Einstieg in den Ausstieg der Solidargemeinschaft.«

 Öffnen der Pressemitteilung des VdK über das Internet

 Öffnen der Pressemitteilung des SoVD über das Internet

 Öffnen der Pressemitteilung der KAB über das Internet

 Öffnen der Stellungnahme des Bundesverbands der Diakonie im Intranet unter Themen \rightarrow Soziales \rightarrow Gesundheitspolitik

3. Lob von Seiten der Arbeitgeber und Ärztevertreter

Arbeitgeberlager und Ärztevertreter sehen ihre Interessen gut vertreten und äußern Zustimmung. BDI-Präsident Keitel sieht im Koalitionsvertrag ein »ermutigendes Si-

0
Vorwort

1
Inhalt

2
Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3
Musterrede
Betriebs-
versammlung

4
Muster-
presse-
erklärung

5
Muster-
flugblätter

6
Plakate
zum
Aushang

7
Referentinnen
und
Referenten

8
Anhang




gnal für die deutsche Wirtschaft«. BDA-Präsident Hundt begrüßte »den Einstieg in die Entkopplung für Gesundheit und Pflege vom Arbeitsverhältnis«. Die BDA hat zudem eigene Vorschläge für einen Umbau des Gesundheitssystems vorgelegt. Zentrale Forderungen sind die Umstellung der Finanzierung auf einkommensunabhängige Gesundheitsprämien mit Auszahlung des Arbeitgeberanteils in das Bruttoentgelt und steuerfinanziertem Sozialausgleich, der Ausbau des Wettbewerbs in der Krankenversicherung sowie die Beschränkung der gesundheitlichen Grundversorgung auf »Basisleistungen«, verknüpft mit einem Aufbau einer zusätzlichen kapitalgedeckten Risikoversorge.

Im Kern positiv ist auch das Echo der Bundesärztekammer. Präsident Hoppe begrüßt es, »die Gesundheitskosten von den Arbeitskosten abzukoppeln«, mahnt aus Sicht der Ärzte aber eine »angemessene Finanzierung für das Gesundheitssystem« an. Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) Köhler äußerte sich positiv zum neuen Gesundheitsminister Rösler: »Ein FDP-Gesundheitsminister wird dem freien Beruf Arzt näher stehen als die bisherige Amtsinhaberin«.


 Öffnen der Pressemitteilung des BDI im Intranet unter Themen \rightarrow Soziales \rightarrow Gesundheitspolitik

 Öffnen der Pressemitteilung der BDA über das Internet

 Öffnen der BDA-Vorschläge für das Regierungsprogramm im Intranet unter Themen \rightarrow Soziales \rightarrow Gesundheitspolitik

 Öffnen der Pressemitteilung der Bundesärztekammer über das Internet

 Öffnen der Pressemitteilung der KBV über das Internet

 Öffnen der Forderungen der KBV/KV im Intranet unter Themen \rightarrow Soziales \rightarrow Gesundheitspolitik

4. Reaktionen der Parteien

Aus den Reihen der Oppositionsparteien kommt Kritik. Für den SPD-Vorsitzenden Steinmeier ist der Koalitionsvertrag »auf soziale Spaltung angelegt«. Die Schere zwischen Arm und Reich gehe weiter auseinander, und in der Gesundheitspolitik sei das Solidarprinzip massiv gefährdet, weil zukünftige Risiken allein die Versicherten tragen müssten. Die Grünen sprechen von einem »grundlegenden Systemwechsel« in der gesetzlichen Krankenversicherung, einer »Demontage der GKV« und einer »Entsolidarisierung im Gesundheitssystem«. Die Linke sieht im schwarz-gelben Koalitionsvertrag vor allem Anreize für weitere Entsolidarisierung und Privatisierung gesell-

0

Vorwort

1

Inhalt

2

Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3

Musterrede
Betriebs-
versammlung

4

Muster-
presse-
erklärung

5

Muster-
flugblätter

6

Plakate
zum
Aushang

7

Referentinnen
und
Referenten

8


Anhang







schaftlicher Probleme. Sie warnt vor einem »Kahlschlag durch die Hintertür« in der Gesundheitsversorgung und einer »Zementierung der Zwei-Klassen-Medizin«.

Neben der Opposition äußert aber auch der Arbeitnehmerflügel der CDU, die CDA, Kritik an den gesundheitspolitischen Plänen: Die gesundheitspolitischen Kosten dürften nicht allein den Arbeitnehmern und Rentnern aufgebürdet werden. Zur Finanzierung der Sozialsysteme erklärt die CDA: »Wir wollen die großen Risiken weiter solidarisch absichern. Wir halten an der Umlagefinanzierung fest und wollen sie um kapitalgedeckte Elemente lediglich ergänzen, nicht ersetzen.«


 Öffnen der Pressemitteilung SPD, Frank-Walter Steinmeier im Intranet unter Themen \rightarrow Soziales \rightarrow Gesundheitspolitik


 Öffnen der Pressemitteilung Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Bundestagsfraktion im Intranet unter Themen \rightarrow Soziales \rightarrow Gesundheitspolitik

 Öffnen der Pressemitteilung DIE LINKE über das Internet

 Öffnen des Beschlusses des geschäftsführenden Bundesvorstands der CDA im Intranet unter Themen \rightarrow Soziales \rightarrow Gesundheitspolitik

8.2 Downloadmöglichkeiten der Materialien im Intranet unter Themen \rightarrow Soziales \rightarrow Gesundheitspolitik

 Musterrede als MS Word-Datei

 Folienpräsentation als MS-Powerpoint-Datei

 Folienpräsentation als PDF-Datei

 Musterpresseerklärung als MS-Word-Datei

 Musterflugblatt als MS-Word-Datei (zwei Word-Dateien)

 Einladungsflugblatt als MS-Word-Datei (zwei Word-Dateien)

 Plakat 1 als DIN A3-PDF-Datei*

 Plakat 2 als DIN A3-PDF-Datei*

* Der Ausdruck als DIN A4-Plakat erfolgt über das Druckmenü des Acrobat-Readers oder des Druckmenüs von Adobe Acrobat. Dort kann unter »Seiteneinstellungen« der jeweils gewünschte Modus eingestellt werden.

0

Vorwort

1

Inhalt

2

Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3

Musterrede
Betriebs-
versammlung

4

Muster-
presse-
erklärung

5

Muster-
flugblätter

6

Plakate
zum
Aushang

7

Referentinnen
und
Referenten

8

Anhang



9 Impressum

HerausgeberIndustriegewerkschaft Metall
Funktionsbereich Sozialpolitik /Christoph Ehlscheid

Redaktion.....Angelika Beier, Axel Gerntke, Stefanie Janczyk, IG Metall
Frank Walensky-Schweppe, Hamburg

StandNovember 2009



0
Vorwort

1
Inhalt

2
Bewertung
des Koalitions-
vertrages

3
Musterrede
Betriebs-
versammlung

4
Muster-
presse-
erklärung

5
Muster-
flugblätter

6
Plakate
zum
Aushang

7
Referentinnen
und
Referenten

8
Anhang

